

---

# **Die Quadratur des Kreises**

## **Die Neuordnung der Bundeswehr**

---

**Franz-Josef Meiers**

*Juni 2011*

Comité d'études des relations franco-allemandes



Das Französische Institut für Internationale Beziehungen (IFRI) ist in Frankreich das wichtigste unabhängige Forschungszentrum, das über große internationale Fragen informiert und diskutiert. Von Thierry de Montbrial im Jahr 1979 gegründet, ist das IFRI als gemeinnütziger Verein anerkannt (Gesetz des Jahres 1901). Es ordnet sich keiner Amtsvormundschaft unter, legt nach eigenem Ermessen seine Aktivitäten fest und publiziert regelmäßig seine Berichte.

Durch seine Studien und Debatten, die interdisziplinär angelegt sind, bringt das IFRI Politiker, Wirtschaftswissenschaftler, Forscher und Experten auf internationaler Ebene zusammen.

Mit seinem zweiten Büro in Brüssel (IFRI-Bruxelles) positioniert sich das IFRI als eines der wenigen französischen think tanks im Kern der europäischen Debatte.

*Die Verantwortung für die im weiteren Text  
geäußerten Standpunkte trägt dem Autor.*

Die Aktivitäten des Cerfa (Forschung, Editing und Publikationen) werden von dem Referat Frankreich des Auswärtigen Amtes und dem Planungsstab des Ministère des Affaires étrangères et européennes gefördert.



Auswärtiges Amt

Herausgeber: Dr. Louis-Marie Clouet und Dr. Hans Stark

ISBN : 978-2-86592-898-9  
© Ifri – 2011 – Tous droits réservés

Ifri  
27 rue de la Procession  
75740 Paris Cedex 15 – FRANCE  
Tel : 33 (0)1 40 61 60 00  
Fax : 33 (0)1 40 61 60 60  
Email : [ifri@ifri.org](mailto:ifri@ifri.org)

Ifri-Bruxelles  
Rue Marie-Thérèse, 21  
1000 – Bruxelles – BELGIQUE  
Tel : 32 (0)2 238 51 10  
Fax : 32 (0)2 238 51 15  
Email : [info.bruxelles@ifri.org](mailto:info.bruxelles@ifri.org)

Website : [ifri.org](http://ifri.org)

# Autor

---

Franz-Josef Meiers ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und Lehrbeauftragter zur amerikanischen Außenpolitik des Instituts für Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms Universität-Münster. Nach seinem Studium in Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Internationale Beziehungen an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, hat er in Politikwissenschaft promoviert.

1993-1999 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) e.V. in Bonn und Berlin. 1999-2004 hat er die Forschungsgruppe „Europas Rolle in der Welt“ des Zentrums für Europäische Integrationsforschung (ZEI) an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms Universität Bonn geleitet.

Schwerpunkte seiner Forschung und Lehre sind Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik entwickelter Industriestaaten, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland und den USA, internationale Institutionen, insbesondere die Europäische Union als globaler Akteur sowie die NATO und die Vereinten Nationen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, Theorien Internationaler Politik und das amerikanische Regierungssystem, insbesondere das Verhältnis von Exekutive und Legislative in der Außen- und Innenpolitik.

Als letzte Publikationen sind erschienen:

„La politique allemande de sécurité et de défense. Équilibrer durablement les attentes extérieures et les contraintes intérieures“, in: Claire Demesmay und Hans Stark (Hrsg.), *Radioscopie de l'Allemagne 2008*, Institut français des relations internationales, Paris, 2008, S. 99-114;

„La politique allemande de défense et de sécurité depuis 1989“, in: Hans Stark und Michèle Weinachter (Hrsg.), *L'Allemagne unifiée 20 ans après la chute du Mur*, Institut français des relations internationales, Paris, 2009, S. 247-274;

*Crossing the Red Lines? The Grand Coalition and the Paradox of German Foreign Policy*, The Johns Hopkins University/American Institute for Contemporary German Studies (AICGS), Policy Report Nr. 32, Washington, D.C., Juni 2008, 36 S.;

*No Germans to the Southern Front*, The Johns Hopkins University/American Institute for Contemporary German Studies (AICGS) Commentary, Washington, D.C., März 2008, 5 S.

# Zusammenfassung

---

„Um „Effizienz, Effektivität und Einsatzorientierung“ der Bundeswehr an den Erfordernissen einer sich wandelnden Welt nachhaltig zu stärken, ist „der tiefgreifendste Einschnitt“ in ihrer Geschichte notwendig. Die zentralen Bestandteile der Strukturreform sind:

- die Aussetzung der Allgemeinen Wehrpflicht;
- eine Reduzierung des Personalumfangs der Bundeswehr auf bis zu 185.000 Soldaten;
- eine Kürzung des Verteidigungshaushaltes um 8,3 Mrd. € bis 2014;
- ein Umbau der Führungsstrukturen im Verteidigungsministerium;
- die Stärkung der operativen Kompetenzen des Generalinspektors;
- eine stringenterer Ausrichtung des Rüstungsbeschaffungsprozesses auf die einsatzbedingten Erfordernisse.

Die Neuordnung der Bundeswehr steht vor dem alten Problem, dass das Spannungsverhältnis zwischen verteidigungspolitischen Erfordernissen und finanziellem Bedarf für andere staatliche Aufgaben nicht nur „fortbesteht“, sondern sich aufgrund der Einsparvorgaben der Bundesregierung in den nächsten Jahren weiter verschärfen wird.

Erreicht wird hingegen nicht eine signifikante Stärkung der Einsatz- und Durchhaltefähigkeit der Bundeswehr und der sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit Deutschlands im multinationalen Handlungsverbund von EU und NATO. Es können nicht gleichzeitig ein fähigkeitsorientierter Ansatz verfolgt und die kurzfristigen Einsparvorgaben der Bundesregierung erfüllt werden.

Verteidigungsminister de Maizière steht vor der unangenehmen Aufgabe, statt der Einsparvorgabe von mehr als acht Mrd. € bis 2015 eine Anschubfinanzierung für die Neu-Ordnung der Bundeswehr von mehr als eine Mrd. € „in den haushaltsnahen Jahren“ zu bekommen, wie das Papier aus dem Führungsstab der Streitkräfte fordert. Seine Vorgänger hatten sich mit dieser Forderung nicht durchsetzen können und mussten am Ende weitere Kürzungen im Verteidigungshaushalt hinnehmen, die zu den enttäuschenden Ergebnissen der bisherigen Umbaubemühungen der Bundeswehr entscheidend beigetragen haben.

# Inhaltsverzeichnis

---

<b>DIE GROÙE HERAUSFORDERUNG .....</b>	<b>6</b>
<b>DIE AUSSETZUNG DER WEHRPFLICHT .....</b>	<b>10</b>
<b>IN DER HAUSHALTSFALLE .....</b>	<b>14</b>
<b>Fähigkeitslücken.....</b>	<b>14</b>
<b>Einsatzlücken .....</b>	<b>17</b>
<b>DIE QUADRATUR DES KREISES.....</b>	<b>23</b>

# Die große Herausforderung

---

Ausgangspunkt für die umfassende Reform der Bundeswehr war der Beschluss des Bundeskabinetts auf der Klausurtagung am 7. Juni 2010, dass der Verteidigungshaushalt als Beitrag „zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes und zur Einhaltung der verfassungsrechtlich vorgegebenen Schuldenbremse“ seinen Beitrag durch eine „deutliche Reduzierung der Streitkräfte um bis zu 40.000 Berufs- und Zeitsoldaten“ zu leisten hat.<sup>1</sup> Um die Einsparvorgabe des Bundeskabinetts von mehr als acht Mrd. bis 2014 zu erreichen, war, so Verteidigungsminister Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, ein „Paradigmenwechsel“<sup>2</sup> erforderlich. Die Sparzwänge sah er als „einmalige Chance“<sup>3</sup> für eine grundlegende Änderung der Bundeswehrstruktur. Die Notwendigkeit einer umfassenden Reform leitet sich aus dem „klaren Befund“ ab, dass „mit den bisherigen Strukturen und einigen Verfahren die Leistungsfähigkeit der Bundeswehr auf Dauer schwerlich sichergestellt“<sup>4</sup> werden kann. Auf den tief greifenden Wandel im sicherheitspolitischen Umfeld hätten seine Vorgänger nur mit Momentaufnahmen geantwortet. Zu lange waren einschneidende Entscheidungen aufgeschoben worden. „Transformation hieß das. Gebracht hat es noch zu wenig.“<sup>5</sup> Trotz jahrelanger Umgliederungen seien die nationalen Zielvorgaben für eine Armee im Einsatz weder personell noch materiell erreicht worden.<sup>6</sup>

- Das Fähigkeitsprofil der Bundeswehr als Armee im Einsatz ist mit der derzeitigen Struktur nicht zu erreichen. Hier

---

<sup>1</sup> Bundesregierung, Eckpunkte für die weitere Ausgestaltung des Haushaltsentwurfs 2011 und des Finanzplans bis 2014. Ergebnisse der Kabinettsklausur vom 7. Juni 2010; „Wulff kann dem Land geben, was es dringend braucht: Zuversicht. Interview mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. Juni 2010.

<sup>2</sup> Bundesministerium der Verteidigung, Grundsatzrede des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Karl Theodor Freiherr zu Guttenberg, an der Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg, 26. Mai 2010.

<sup>3</sup> Zu Guttenberg: Wir müssen die Strukturen ändern, Der Spiegel, 14. Juni 2010 [[http://www.bundesregierung.de/nn\\_1500/Content/DE/Interview/2010/06/2010-06-15-spiegel-guttenberg.html](http://www.bundesregierung.de/nn_1500/Content/DE/Interview/2010/06/2010-06-15-spiegel-guttenberg.html)]; Guttenberg – „Taliban machen keinen Winterschlaf“, Welt am Sonntag, 16. Januar 2011.

<sup>4</sup> Siehe Guttenberg Grundsatzrede.

<sup>5</sup> Zu Guttenberg: Wir müssen die Strukturen ändern.

<sup>6</sup> Siehe Karl Theodor zu Guttenberg, Den Wandel gestalten, Europäische Sicherheit, 59 (Januar 2010) 1, S. 13-21; Guttenberg-Grundsatzrede; Bundesministerium der Verteidigung, Leitlinien zur Ausplanung der neuen Bundeswehr, Berlin, 30. Juni 2010, S. 1; Bundesministerium der Verteidigung, Bericht des Generalinspektors der Bundeswehr zum Prüfauftrag aus der Kabinettsklausur vom 7. Juni 2010 (Wieber-Bericht), Berlin, 1. September 2010, S. 14, 24; Bericht der Strukturkommission der Bundeswehr (Weise-Bericht), Vom Einsatz her Denken. Konzentration, Flexibilität, Effizienz, Berlin, Oktober 2010, S. 10, 30, 32f.

hatte sich die Differenzierung zwischen 14.000 Einsatz- und 70.000 Stabilisierungskräften angesichts der Einsatzrealitäten als eine „Lebenslüge“ erwiesen. Bereits ca. 8.000 Soldaten im Einsatz führten die Bundeswehr „an die Grenze der Durchhaltefähigkeit“.

- Die strukturelle Neuausrichtung der Bundeswehr und zukunftsorientierte Beschaffungsvorhaben stehen nicht in Übereinstimmung mit der finanziellen Gesamtsituation. Einzelne Eingriffe in Beschaffungsvorhaben und das „symbolhafte“ Schieben und Streichen von Rüstungsprojekten reichen nicht mehr aus. Insgesamt muss die nationale Zielvorgabe mit Blick auf Ausrüstung, Strukturen und Personalumfänge auf ein Maß zurückgeführt werden, „in dem Anspruch und Wirklichkeit zueinander finden“.
- Die Führungsstrukturen sind wenig effizient. Prozesse und Verfahren genügen nicht mehr den Erfordernissen des Einsatzes. Bundeswehrplanung, Rüstungsplanung und Haushaltsplanung ergänzen sich nur bedingt. Die Prozesskette bestehend aus den Gliedern Bedarfsmitteilung, Realisierung und Nutzung von Material ist „organisatorisch aufgetrennt“.

Die Bundeswehr steht vor der „großen Herausforderung“, „Auftrag, Aufgaben und Fähigkeiten und die finanzielle Ausstattung“ in Einklang zu bringen.<sup>7</sup> Die „Neu-Ordnung“<sup>8</sup> der Bundeswehr kann sich aufgrund der Einsparvorgaben und ihrer anhaltenden Einsatzfähigkeitsdefizite nicht wie in der Vergangenheit auf punktuelle Korrekturen bzw. einer Erneuerung innerhalb bestehender Strukturen beschränken.<sup>9</sup> „Um „Effizienz, Effektivität und Einsatzorientierung“<sup>10</sup> der Bundeswehr an den Erfordernissen einer sich wandelnden Welt nachhaltig zu stärken, ist „der tiefgreifendste Einschnitt“<sup>11</sup> in ihrer Geschichte notwendig. Die zentralen Bestandteile der Strukturreform sind:

- die Aussetzung der Allgemeinen Wehrpflicht;

---

<sup>7</sup> Guttenberg-Grundsatzrede; Weise-Bericht, S. 81.

<sup>8</sup> Weise-Bericht, S. 48.

<sup>9</sup> Guttenberg-Grundsatzrede; Im Gespräch mit Karl-Theodor zu Guttenberg: „Wir müssen weiter mit Verlusten rechnen“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. Juli 2010; Guttenberg: „Ich will keine reine Interventionsarmee“, Hannoversche Allgemeine Zeitung, 3. September 2010 [<http://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/Guttenberg-Ich-will-keine-reine-Interventionsarmee>]; Weise-Bericht, S. 48, 79.

<sup>10</sup> Guttenberg-Grundsatzrede.

<sup>11</sup> Bundesministerium der Verteidigung, Rede des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg vor der 41. Kommandeurtagung in Dresden, 22. November 2010; Bundesministerium der Verteidigung, Leitlinien zur Ausplanung der neuen Bundeswehr, Berlin, 2010, S. 1.

- eine Reduzierung des Personalumfangs der Bundeswehr auf bis zu 185.000 Soldaten;
- eine Kürzung des Verteidigungshaushaltes um 8,3 Mrd. € bis 2014;
- ein Umbau der Führungsstrukturen im Verteidigungsministerium;
- die Stärkung der operativen Kompetenzen des Generalinspektors;
- eine stringendere Ausrichtung des Rüstungsbeschaffungsprozesses auf die einsatzbedingten Erfordernisse.

Bei seiner Rücktrittserklärung Anfang März 2011 erklärte Verteidigungsminister Guttenberg optimistisch: „Und es gehört sich, ein weitgehend bestelltes Haus zu hinterlassen, weshalb letzte Woche noch einmal viel Kraft auf den nächsten, entscheidenden Reformschritt verwandt wurde, der nun von meinem Nachfolger bestens vorbereitet verabschiedet werden kann. Das Konzept der Reform steht.“<sup>12</sup> Das Bundeskanzleramt kommt zu einem entgegengesetzten Ergebnis. Guttenbergs Reformansatz<sup>13</sup> biete eine „nur sehr rudimentäre und unausgewogene Grundlage für Entscheidungen zur Reform der Bundeswehr.“ Vermisst wird eine „als zwingend erachtete sicherheitspolitische Herleitung“. Es fehlten Aussagen darüber, welche strategischen Zielsetzungen („level of ambition“) die neue Bundeswehr erfüllen solle. Kritisiert wird, dass Guttenberg die Debatte über Kosten der Reform auf den Personalumfang der Streitkräfte reduziere. Schließlich werde das Ausmaß des „finanziellen Mehrbedarfs gegenüber den Einsparzielen“ nicht erwähnt.<sup>14</sup> Experten wie der ehemalige Verteidigungsminister Volker Rühle, Vize-Admiral a.D. Ulrich Weisser, ehemaliger Leiter des Planungsstabes im Verteidigungsministerium, oder General a.D. Klaus Naumann, ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr, weisen auf ganz erhebliche Planungsmängel hin. Diese reichen von mangelhafter, nüchterner Risikoanalyse über das „Sharing“ von Ressourcen und Fähigkeiten mit den Verbündeten, Fragen nach Funktionalität, Fähigkeiten und Verfügbarkeit sowie erforderliche Kernfähigkeiten.<sup>15</sup>

<sup>12</sup> Bundesministerium der Verteidigung, Rücktritt von Verteidigungsminister zu Guttenberg. Das Statement, Berlin, 1. März 2011.

<sup>13</sup> Konzentration und Verantwortung. Die prozessorientierte Neuausrichtung der Bundeswehr. Bericht des Arbeitsstabes „Umbau der Bundeswehr“ vom 7. Februar 2011 [[http://www.bundeswehr-monitoring.de/fileadmin/user\\_upload/media/Bericht-ASH-20110207.pdf](http://www.bundeswehr-monitoring.de/fileadmin/user_upload/media/Bericht-ASH-20110207.pdf)].

<sup>14</sup> Merkels Experten kanzeln Bundeswehrreform ab, Spiegel Online, 26. Februar 2011 [<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,747890,00>].

<sup>15</sup> Volker Rühle und Ulrich Weisser, Bündnisfähig bleiben! Plädoyer für einen sorgsameren Umgang mit der Bundeswehr, Der Spiegel, 26. Juli 2010, S. 22-23; Klaus



Zu Guttenberg hat eine grundlegende Umgestaltung der Bundeswehr bis zu seinem Rücktritt Anfang März 2011 auf den Weg gebracht, der Aufbau einer „Armee im Einsatz“ ist jedoch noch nicht über die Planungsphase hinausgekommen. Sein Nachfolger Thomas de Maizière kündigte am 4. März 2011 an, die von seinem Vorgänger begonnene Reform der Bundeswehr „konsequent fortsetzen“. Er sei sich um „die Dringlichkeit“ der Umgestaltung der Bundeswehr „bewusst“. Entscheidungen machte er jedoch von einer „gründlichen Lagefeststellung“ abhängig.<sup>16</sup>

Die folgende Analyse der Strukturreform der Bundeswehr konzentriert sich auf die ersten drei operativen Bereiche, bei denen der scheidende Verteidigungsminister die Reformpflocke relativ fest in den Boden eingeschlagen hat. Die Neugestaltung der Führungsstrukturen und Beschaffungsprozesse werden nicht berücksichtigt, weil zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht klar ist, ob der neue Minister den Vorgaben seines Vorgängers folgen wird. Eine seiner ersten Amtshandlungen, den Architekten der Neu-Ordnung, Staatssekretär Walther Otremba zu entlassen, deutet darauf hin, dass er einige Neujustierungen beim Umbau des Verteidigungsministeriums und der Straffung der militärischen Führungsstrukturen vornehmen wird. Demgegenüber können vor allem auf der Grundlage des Berichts des Generalinspektors der Bundeswehr die wesentlichen Konturen der operativen Aspekte der Neugestaltung der Bundeswehr und die inhärenten strukturellen Probleme herausgearbeitet werden, denen sich der neue Verteidigungsminister gegenübersehen wird.

---

Naumann, Die Bundeswehr nicht noch mehr schwächen, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. August 2010.

<sup>16</sup> Bundesministerium der Verteidigung, Tagesbefehl des Bundesministers der Verteidigung vom 4. März 2011, Berlin, 4. März 2011.

# Die Aussetzung der Wehrpflicht

---

Als Zugeständnis an den FDP-Koalitionspartner, der sich für eine Abschaffung der Allgemeinen Wehrpflicht aussprach, hatten die Unionsparteien, die bisher uneingeschränkt hinter ihr standen, im Koalitionsvertrag einer Verkürzung des Grundwehrdienstes von neun auf sechs Monate zugestimmt.<sup>17</sup> Die zum 1. Januar 2011 in Kraft getretene Änderung Wehrrechtsgesetzes erwies sich ein Zwischenschritt zum Ausstieg aus der bei Militärs und Sicherheitsexperten umstrittenen „Praktikantenwehrpflicht“. Neben der FDP war es Verteidigungsminister zu Guttenberg, der sich im Rahmen der Strukturreform der Bundeswehr für eine Aussetzung der Allgemeinen Wehrpflicht aussprach. Für die anfänglich in der CDU/CSU umstrittene Forderung führte er<sup>18</sup> folgende Gründe an:

- Mit dem Wegfall der unmittelbaren militärischen Bedrohung kann die Wehrpflicht sicherheitspolitisch nicht mehr begründet werden.
- Die Allgemeine Wehrpflicht hält dem wachsenden Professionalisierungsdruck moderner Streitkräfte nicht stand. Wie die Entwicklung bei fast allen Partnern in der NATO und der EU zeigt, geht der Trend zu kleineren, hoch mobilen und hoch technisierten Streitkräften.
- Ein Festhalten an der Wehrpflicht geht zu Lasten der Einsatz- und Durchhaltefähigkeit und der Aufgabewahrnehmung der Bundeswehr im multinationalen Handlungsverbund (NATO, EU).
- Deutschland kann mit einer qualitativ wirksameren aber deutlich verkleinerten Bundeswehr aus Zeit- und Berufs-

---

<sup>17</sup> Wachstum. Bildung. Zusammenarbeit. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP, Berlin, 26. Oktober 2009, S. 124 [<http://www.cdu.de/doc/pdfc/091026-koalitionsvertrag-cducsu-fdp.pdf>].

<sup>18</sup> Guttenberg-Grundsatzrede, Guttenberg-Rede auf der Kommandeurtagung; „Wir müssen die Strukturen ändern“, Der Spiegel 14. Juni 2010 [[http://www.bundesregierung.de/nn\\_774/Content/DE/Interview/2010/06/2010-06-15-spiegel-guttenberg.html](http://www.bundesregierung.de/nn_774/Content/DE/Interview/2010/06/2010-06-15-spiegel-guttenberg.html)]; „Die Strukturen der Bundeswehr und auch ihr Auftrag legen Veränderungen nahe“, Handelsblatt, 24. Juni 2010; Bundesministerium der Verteidigung, Ein „Weiter so“ darf es nicht geben – Zu Guttenberg zur Reform der Bundeswehr, Berlin, 30. Juni 2010; „Die Bundeswehr ist veraltet“, Süddeutsche Zeitung, 26. Juli 2010.

soldaten seine sicherheits- und bündnispolitischen Verpflichtungen auch ohne Wehrpflichtige grundsätzlich erfüllen.

- Der Mehrwert der Allgemeinen Wehrpflicht besteht vor allem in ihrem Beitrag zur Nachwuchsgewinnung. So können die Streitkräfte „jährlich 7.000 bis 8.000 Zeitsoldaten“ gewinnen. Dem steht jedoch gegenüber, dass rund 10.000 Zeit- und Berufssoldaten für die Ausbildung der Wehrpflichtigen benötigt werden.
- Die Wehrpflicht bindet erhebliche finanzielle Mittel. Damit eröffnen sich keine Gestaltungsspielräume für qualitative Reinvestitionen in bessere Ausrüstung.
- Die Abschaffung der Allgemeinen Wehrpflicht trägt mittel- und langfristig den demografischen Notwendigkeiten Rechnung.

Nachdem sich die CDU und CSU auf Parteitage Ende Oktober und Mitte November der Position des Koalitionspartners FDP und des Verteidigungsminister zu Guttenberg angeschlossen hatten, legte die Bundesregierung dem Bundestag am 21. Februar 2011 einen entsprechenden Gesetzesentwurf<sup>19</sup> vor. Knapp 55 Jahre nach ihrer Einführung setzte der Bundestag am 24. März 2011 die Allgemeine Wehrpflicht zum 1. Juli 2011 aus. Mit dem Gesetz wird zugleich ein freiwilliger Wehrdienst von 12-23 Monaten geschaffen. Bis zu 15.000 Freiwillige sollen in Zukunft neben den Zeit- und Berufssoldaten in der Bundeswehr dienen. Ebenso beschloss der Bundestag die Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes, der vom 1. Juli an den bisherigen Zivildienst ersetzen wird. Vorgesehen sind 35.000 Stellen mit einer Dauer von 6-18 Monate.

Die Bundeswehr befürchtet einen Bewerbermangel für die Freiwilligen-Armee. Bei einem Personalumfang von bis zu 185.000 Soldaten besteht ein jährlicher Regenerationsbedarf von rund 17.000 Personen bei Zeit- und Berufssoldaten und etwa 10.000 Personen bei den freiwilligen Wehrdienstleistenden, die auf dem freien Markt angeworben werden müssen. Vom Gesetzgeber sind bisher jedoch keine Vorkehrungen zur Attraktivitätssteigerung bei der Bundeswehr beschlossen worden. Vom 82-Punkte-Programm Guttenbergs zur Attraktivitätssteigerung ist noch nichts angeschoben worden. „Wir wissen definitiv nicht, wie es nach dem 1. Juli mit dem Nachwuchs weitergehen soll“, klagte ein Bundeswehrfunktionär.<sup>20</sup>

Trotz einer Rekrutierung ihres Nachwuchses von 40 Prozent aus Wehrpflichtigen, konnte die Bundeswehr jetzt schon nicht den Bedarf an 195.000 Zeit- und Berufssoldaten im geforderten Profil decken. Seit

---

<sup>19</sup> Deutscher Bundestag, Gesetzesentwurf der Bundesregierung, Drucksache 17/4821, 21. Februar 2011 [<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/048/1704821.pdf>].

<sup>20</sup> Rüdiger Scheidges, Neue Bundeswehr wird zur Schrumpfarmee, Handelsblatt, 31. März 2011.

Jahren sind etwa 7.000 Stellen vakant.<sup>21</sup> Engpässe gibt es vor allem bei Fachpersonal wie Ärzten und Ingenieuren. Etwa 550 Arztstellen, fast ein Sechstel des gesamten Stellenplans sind derzeit nicht besetzt.<sup>22</sup> Personalengpässe insbesondere in den Bereichen Infanterie und Logistik belasten besonders die Einheiten, die in großem Umfang Personal für die Auslandseinsätze abstellen.<sup>23</sup> In der Bundeswehr der Zukunft werden jedoch noch mehr qualifizierte Kräfte und Spezialisten benötigt. Der Markt an Fachkräften wird „zunehmend enger und umkämpfter“. Nur über „Attraktivitätsmaßnahmen kann die Wettbewerbsfähigkeit der Bundeswehr am Arbeitsmarkt sichergestellt werden.“<sup>24</sup>

Die Neu-Ordnung der Bundeswehr hängt entscheidend von einem „verlässlichen Finanzrahmen“ ab, um die mit der Neu-Ordnung verursachten „Anschubkosten“<sup>25</sup> für materielle und immaterielle Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr zur Sicherung qualifizierter Nachwuchskräfte aufzufangen. Wie der damalige Verteidigungsminister Rudolf Scharping 1999 erfahren musste, ist die „Anschubfinanzierung“ für eine attraktivere Bundeswehr angesichts der Einsparvorgaben des Bundeskabinetts Wunschdenken. „Geben sie nicht der Utopie hin, dass dafür Geld bereitgestellt wird“, warnte ein führender Haushälter.<sup>26</sup> Werden dem Verteidigungshaushalt die für eine bedarfsorientierte Nachwuchsgewinnung erforderlichen Anschubkosten vorenthalten, wird die Bundeswehr immer größere Probleme bekommen, Interessierte auf dem freien Markt zu gewinnen, um ihren Personalbedarf quantitativ wie qualitativ zu decken. Von 498.000 jungen Männern, die im März und April angeschrieben wurden, äußerte nach Angaben des Verteidigungsministeriums nur rund 1.800 Interesse. Das sind nicht einmal 0,4 Prozent.<sup>27</sup> Die Bundeswehr könnte sich dann sehr bald vor die prekäre Situation gestellt sehen: „Stell dir vor, die Bundeswehr ist eine Freiwilligen-Armee, und keiner geht hin.“<sup>28</sup>

---

<sup>21</sup> Wieker-Bericht, S. 25; Bundesministerium der Verteidigung, Die Stärke der Streitkräfte, Stand: 21. April 2011

[<http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/streitkraefte/grundlagen/staerke>].

<sup>22</sup> Deutscher Bundestag, Jahresbericht des Wehrbeauftragten 2010, Drucksache 17/4400, Berlin, 25. Januar 2011, S. 25

[<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/044/1704400.pdf>]; Weise-Bericht, S. 42; Peter Blechschmidt, 550 Mediziner fehlen, Süddeutsche Zeitung, 14. Oktober 2010; Robert Birnbaum, Bundeswehr: Not am Mann, Tagesspiegel, 17. März 2010 [<http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/bundeswehr-not-am-mann/1720320.html>].

<sup>23</sup> Deutscher Bundestag, Jahresbericht des Wehrbeauftragten 2010, Drucksache 17/4400, Berlin, 25. Januar 2011, S. 24.

<sup>24</sup> Weise-Bericht, S. 94.

<sup>25</sup> Wieker-Bericht, S. 12; Weise-Bericht, S. 3.

<sup>26</sup> Rüdiger Scheidges, Neue Bundeswehr wird zur Schrumpfarmee, Handelsblatt, 31. März 2011.

<sup>27</sup> Freiwillig zum Bund? Nein, Danke, Spiegel Online, 21. April 2011 [<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,758610,00.html>]. Eckart Lohse, Mit schlechten Noten zum Bund?, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 1. Mai 2011.

<sup>28</sup> Peter Blechschmidt, Soldaten verzweifelt gesucht, Süddeutsche Zeitung, 2. Februar 2011.

Der ehemalige Verteidigungsminister zu Guttenberg hat zwar die Aussetzung der Wehrpflicht vor allem innerhalb der Unionsparteien politisch erfolgreich durchgesetzt, seinem Nachfolger hat er die Frage hinterlassen, wie ohne den Rückgriff auf Wehrpflichtige genügend und qualifiziertes Nachwuchspersonal gefunden werden kann. Wenn die Bundeswehr qualifizierte Kräfte gewinnen will, muss sie ein attraktiver Arbeitgeber sein. Ein solches Attraktivitätsprogramm kostet.

Die Frage einer Finanzierung der Anschubkosten legt die Achilles-Verse der Neu-Ordnung der Bundeswehr offen: sie steckt wie alle Reforminitiativen seit Ende der 90er Jahre in der Haushaltsfalle. Mit immer weniger finanziellen Ressourcen soll die Bundeswehr in Umfang, Struktur und Ausrüstung noch stringenter und wirksamer auf die operativen Erfordernisse einer räumlich entgrenzten Verteidigung im multinationalen Handlungsverbund von EU und NATO ausgerichtet werden. Das unauflösliche Dilemma, dem sich der neue Verteidigungsminister gegenüber sieht, wird bei den Fähigkeits- und Einsatzlücken sichtbar, die die bisherigen Reformbemühungen aufgrund der Unterfinanzierung des Verteidigungshaushaltes über Jahre nicht oder nur im begrenzten Umfang beseitigen konnten.

# In der Haushaltsfalle

---

## Fähigkeitslücken

Entgegen der optimistischen Annahme der Bundeswehrplanung 2010, dass der Verteidigungshaushalt auf der Grundlage des 42. Finanzplans der Bundesregierung bis 2014 auf 33,1 Mrd. € steigen wird,<sup>29</sup> fällt er im gleichen Zeitraum auf 27,6 Mrd. € zurück. Der Beschluss des Bundeskabinetts sieht für den Verteidigungshaushalt globale Minderausgaben für die Jahre 2011 bis 2014 in Höhe von 838 Mio. € (2011), 1,240 Mrd. € (2012), 2,484 Mrd. € (2013) und 4,334 Mrd. € (2014) vor.<sup>30</sup> Für Verteidigungsminister zu Guttenberg war das im Verfassungsrang verankerte „Staatsziel der Haushaltskonsolidierung“ die unabweisliche „conditio sine qua non“, das „höchste strategische Parameter“ für die Neugestaltung der Bundeswehr. Die Einsparvorgaben machten einen „Paradigmenwechsel“<sup>31</sup> zwingend erforderlich. Künftig kann der strukturelle Rahmen nicht mehr die Vorgabe für den Finanzrahmen („cost to design“) sein. Stattdessen bestimmt der Finanzrahmen den strukturellen Rahmen („design to cost“) und damit das eigene Anspruchsniveau („level of ambition“). Für ihn ist der strategische Bezugspunkt für die Rüstungsausgaben, „was sich die Bundesrepublik Deutschland leisten kann bzw. will.“<sup>32</sup> Vor dem Hintergrund „des absehbaren finanzpolitischen Canossagangs“ ist neben Einschnitten bei den Strukturen und Umfangszahlen auch eine Verminderung bei Rüstungsausgaben „unabwendbar“.<sup>33</sup>

Der Führungsstab der Streitkräfte legte am 25. Juni 2010 Handlungsempfehlungen<sup>34</sup> „für eine Anpassung der Ausstattungsstrategie der Bundeswehr“ anhand der Einsatzerfahrungen und den finanzplanerischen Entwicklungen vor. Das erklärte Ziel einer Priorisierung der Materialinvestitionen ist, die „Fähigkeitsentwicklung der Bundeswehr“ nachhaltig zu stärken. Die Einsparempfehlungen belaufen sich 3,37 Mrd. € bis 2015 - 775,4 Mio. € (2011), 922,9 Mio. € (2012),

---

<sup>29</sup> Bundesministerium der Verteidigung, Bundeswehrplan 2010, Berlin 2009, S. 1.

<sup>30</sup> Wieker-Bericht, S. 21

<sup>31</sup> Guttenberg-Grundsatzrede.

<sup>32</sup> Guttenberg-Grundsatzrede.

<sup>33</sup> Guttenberg-Grundsatzrede.

<sup>34</sup> Bundesministerium der Verteidigung, Priorisierung Materialinvestitionen – Handlungsempfehlungen, Berlin 25. Juni 2010 [www.geopowers.com/sites/default/files/PrioMat.pdf].

809,8 Mio. € (2013), 256,5 Mio. € (2014), 608,1 Mio. € (2015) - und weiteren knapp sechs Mrd. € ab 2016 vor. Um den Bedingungen begrenzter finanzieller Ressourcen gerecht zu werden, sehen die Empfehlungen „einen signifikanten Eingriff“ in das Fähigkeitsprofil vor, der „Reduzierungen bzw. den kompletten Verzicht“ einschließt. Im Visier stehen vor allem große, langfristige Rüstungsprojekte. Betroffen sind das Transportflugzeug A-400M, das Kampfflugzeug Eurofighter, Transport- und Kampfhubschrauber, Fregatten des Typs 125 und gepanzerte Fahrzeuge. Die Zahl der A-400M wird von 60 auf 53 sinken, von denen 13 weiterverkauft werden sollen. Der Gesamtumfang des Eurofighters sinkt von 177 auf 140 Luftfahrzeuge; der zweite Teil der dritten Tranche des Eurofighters (37 Flugzeuge) wird aufgrund fehlender Haushaltsmittel ebenfalls weiterverkauft. Statt 122 werden 80 Transporthubschrauber N-90 beschafft. Der Unterstützungshubschrauber Tiger wird um die Hälfte auf 40 Maschinen reduziert. Der Zulauf des Schützenpanzers Puma wird von 400 auf 280 Fahrzeugen gekürzt. Ebenso wird eine Anpassung der Stückzahl des Radpanzer GTK Boxer von 272 auf 125 Fahrzeuge empfohlen. Der Deutschen Marine sollen anstatt der vier geplanten nur noch drei Fregatten F 125 von 2016-2019 zulaufen. Die Verfasser betonen, dass die Einschnitte am Ende noch drastischer ausfallen können. „Die vorgeschlagenen Empfehlungen können vor dem Hintergrund geänderter Rahmenbedingungen nur ein erster Schritt sein.“

Die globalen Minderausgaben von mehr als acht Mrd. €, die auf den Verteidigungshaushalt bis 2015 zukommen werden, können jedoch nur begrenzt im Haushaltsvollzug aufgelöst werden. Die aktuelle Struktur der Streitkräfte und die Zusammensetzung des gesamten Personalkörpers der Bundeswehr stehen einer weiteren Modernisierung und Verbesserung der Einsatzfähigkeiten entgegen.<sup>35</sup> Erschwerend kommt hinzu, dass sich alle großen Rüstungsbeschaffungen dadurch auszeichnen, dass sie aus dem Kostenrahmen fallen und aufgrund verbindlicher Verträge den Handlungsspielraum auf Jahre hin deutlich einengen. Darüber hinaus unterliegen die Rückstellungen für die Altersversorgung, die seit 2006 den jeweiligen Bundesministerien zugewiesen worden sind, rechtlichen Auflagen, die in Zukunft zu einem kontinuierlichen Anstieg führen werden und keinen Raum für Einsparungen bieten. Für die Bereiche Materialerhaltung und sonstiger Betrieb sind allenfalls langfristig Einsparpotenziale zu erwarten, die jedoch in hohem Maße von Einsatzverpflichtungen sowie notwendiger Struktur- und Stationierungsentscheidungen abhängen. Dies bedeutet, dass

- ein finanzielle Entlastung des Verteidigungshaushaltes im Bereich der Rüstungsbeschaffung „allenfalls mittel- und langfristig zu erwarten ist“,

---

<sup>35</sup> Wieker-Bericht, S. 48.



- die Einhaltung der Finanzvorgabelinie nur über eine umfassende Reduzierung des militärischen und zivilen Personals zu erreichen ist.<sup>36</sup>

Schließlich kommt eine Lücke von zwei bis drei Mrd. € zwischen der Bundeswehrplanung und dem tatsächlichen Haushalt verschärfend hinzu.<sup>37</sup> Die unzureichende Finanzausstattung hatte bereits in der Vergangenheit „erhebliche Verschiebungen zwischen ambitionierten ersten Zielplänen und zeitlich deutlich gestreckten Realisierungen bei teilweise erheblich gestiegenem Finanzbedarf“<sup>38</sup> zur Folge. Für den Rüstungsbereich haben die noch engeren finanziellen Rahmenbedingungen bis 2015 zur Folge, dass

- kostenintensive Beschaffungsprogramme wie in der Vergangenheit geschoben, gestreckt oder gestrichen;
- und die gravierenden Ausrüstungsmängel bei den bei Auslandseinsätzen dringend benötigten, aber nur im begrenzten Umfang verfügbaren gepanzerten Führungs-, Funktions- und Transportfahrzeugen sowie geschützten Transporthubschraubern erst weit nach 2015 beseitigt werden.<sup>39</sup>

Angesichts der Engpässe im Verteidigungshaushalt kündigte Verteidigungsminister zu Guttenberg an, die Möglichkeiten eines multinationalen Fähigkeitsaufbaus vermehrt zu nutzen. Im Vordergrund stehe die Kooperation im Rüstungsbereich, um durch eine verstärkte europäische Lastenteilung Synergiepotenziale für das Fähigkeitspektrum und Ausrüstung der Bundeswehr zu nutzen. Deutschland hat mit der Gent-Initiative vom September 2010<sup>40</sup> eine Vorreiterrolle übernommen, die Zusammenarbeit im Bereich der Rüstungsbeschaffung mit den europäischen Partnern zu intensivieren. Wie bei der Einführung multinationaler Corps Anfang der 90er Jahre, trotz einer Reduzierung der nationalen Streitkräfte militärisch handlungsfähig zu bleiben, zielt eine erweiterte europäische Kooperation darauf ab, durch Bündelung vorhandener Fähigkeiten (Pooling) bzw. die Teilhabe an Potentialen von Partnern (Sharing) die militärische Effektivität im Einsatz trotz sinkender Verteidigungshaushalte zu erhöhen.<sup>41</sup>

---

<sup>36</sup> Wieker-Bericht, S. 45.

<sup>37</sup> Aus 17 mach 8: Ein Gespräch mit Frank-Jürgen Weise, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. Februar 2011; Wieker-Bericht, S. 20, 45.

<sup>38</sup> Bundesministerium der Verteidigung, Bundeswehrplan 2007, Berlin 2006, S. 62; Bundeswehrplan 2008, Berlin 2007, S. 65f.; Bundeswehrplan 2009, Berlin 2008, S. 24.

<sup>39</sup> Deutscher Bundestag, Jahresbericht des Wehrbeauftragten 2005ff, Berlin 2006ff.

<sup>40</sup> Rat der Europäischen Union, 17745/10 Presse 343 PR CO 46, 3055. und 3056. Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten. Verteidigung und Entwicklung, Brüssel, 9. Dezember 2010.

[<http://www.consilium.europa.eu/uedocs/NewsWord/DE/foraff/119130.doc>].

<sup>41</sup> Bundesministerium der Verteidigung, Informelles Treffen der EU-Verteidigungsminister in Gent, Gent, 24. September 2010; Das Militär hat bisher eine



Trotz der deutschen Vorreiterrolle eines multinationalen Fähigkeitsausbaus hält der Bericht am Primat der nationalen Unabhängigkeit fest, der bisher einer Intensivierung der multinationalen Rüstungszusammenarbeit im Wege gestanden hat: die Synergieeffekte europäischer Lösungen sollen primär die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr und die Effizienz der wehrtechnischen Industrie in Deutschland nachhaltig verbessern. Auch wenn im Grundsatz eine Synchronisierung der Fähigkeitsplanungs- und Rüstungsbeschaffungsprozess in EU und NATO befürwortet wird, bleibt unbeantwortet, welche Fähigkeiten auf nationaler Ebene erhalten bleiben müssen bzw. welche Potentiale gebündelt oder geteilt werden können.<sup>42</sup> Klar ist nur, dass mit der Gent-Initiative zuerst eine „nationale Bewertung“ „in den jeweiligen Hauptstädten und nicht in Brüssel vorgenommen wird“, welche Fähigkeiten weiterhin „rein national abgedeckt werden müssen.“<sup>43</sup>

Auch der Prüfbericht des Generalinspektors nennt die internationale Lastenteilung als Möglichkeit, Kosten zu sparen. Er schränkt den Nutzen europäischer Rüstungszusammenarbeit ein, weil in der Vergangenheit nicht alle Erwartungen zu Synergieeffekten erfüllt worden seien. Um widerstrebende nationale Interessen auszugleichen, mussten Kompromisse geschlossen werden, die nicht selten zu Lasten der Leistungsfähigkeit von Systemen und der vorgesehenen Einsparungen gehen würden. So hätten sich vor allem multinationale Rüstungsprojekte wie das Transportflugzeug A-400M zeitlich deutlich verzögert und sich außerhalb des Kostenrahmens bewegt. Darüber hinaus schränkten beim Einsatz von multinationalen Verbänden unterschiedliche politische Interessen und Souveränitätsvorbehalte die weitere Vertiefung der Zusammenarbeit ein. Die neuen Wege multinationaler Kooperation würden erst in einigen Jahren zu konkreten Effekten führen können.<sup>44</sup> Ein grundlegender Mangel der Neu-Ordnung der Bundeswehr ist, dass sie auf nationale Bedürfnisse ausgerichtet ist und ihr trotz eines klaren Bekenntnisses zu einer Einbettung der Bundeswehr in internationalen Handlungsstrukturen eine europäische Dimension fehlt.<sup>45</sup>

## **Einsatzlücken**

---

positive Rolle gespielt. Interview von Verteidigungsminister zu Guttenberg mit Deutschlandradio Kultur, 5. Februar 2011 [<http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/interview/1381269/>]. ; Christian Schmidt, Die Europäisierung der Bundeswehr, Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, 4 (April 2011) 2, S. 173-182 (180ff).

<sup>42</sup> Marcel Dickow, Sophie-Charlotte Brune et Christian Mölling, *Finanzkrise und Verteidigungskooperation*, SWP-Arbeitspapier FG-AP n°4, Berlin, octobre 2010, p.9.

<sup>43</sup> Christian Schmidt, Die Europäisierung der Bundeswehr, S. 181, 182.

<sup>44</sup> Wieker, S. 16, 17, 22; Weise-Bericht, S. 36ff.

<sup>45</sup> Marcel Dickow, Sophie-Charlotte Brune und Christian Mölling, *Finanzkrise und Verteidigungskooperation*, SWP-Arbeitspapier FG-APNr. 4, Berlin, Oktober 2010, S. 9; Quentin Peel und James Bitz, A man on a mission, Financial Times, 1. Februar 2011

Die Verbesserung der Einsatzfähigkeit im gesamten Aufgabenspektrum hängt entscheidend davon ab, dass die dafür erforderlichen Mittel dem Verteidigungshaushalt zur Verfügung gestellt werden. Die Bundeswehr steht vor der doppelten Herausforderung, einen Einsparbeitrag von 8,3 Mrd. € als Beitrag zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes und zur Einhaltung der verfassungsrechtlich vorgegebenen Schuldenbremse zu leisten, ohne die „Handlungsfähigkeit Deutschlands“ und „die Einsatz- und Bündnisfähigkeit“ der Bundeswehr“ in Frage zu stellen.<sup>46</sup> Die Einsparvorgabe der Bundesregierung stellt die politisch und militärisch Verantwortlichen im Verteidigungsministerium vor zwei unauflösbaren Problemen, die sich im Bericht des Generalinspektors Wieker widerspiegeln.

Für ihn ist das Modell 4 mit einem Personalumfang von 163.500 Soldaten – 156.000 Zeit- und Berufssoldaten und 7.500 Freiwillige Wehrpflichtige – „die nicht unterschreitbare Untergrenze für die Streitkräfte der Zukunft“. Es erfüllt die von der Bundeswehr zu erbringenden Fähigkeiten und Einsatzleistungen, einschließlich der Beteiligung von mindestens 10.000 Soldaten an lang anhaltende Dauereinsätze und deutlich mehr als 10.000 Soldaten für zeitlich begrenzte Einsätze. Um den Personalabbau von 40.000 Zeit- und Berufssoldaten auf einer Zeitachse von „sechs Jahre“ sozialverträglich zu steuern sowie einen qualitativ und quantitativ ausgewogenen Personalkörper zu erhalten, muss im Verteidigungshaushalt Vorsorge für die „wahrscheinlichen Anschubkosten“ getragen werden.<sup>47</sup> Er räumt in einer Bewertung des Modells 4 ein, dass selbst mit der Mindestgröße von 163.500 Soldaten die Einsparauflagen der Bundesregierung um mehr als vier Mrd. Euro verfehlt werden.<sup>48</sup>

Demgegenüber kann das Modell 1 mit einem Personalumfang von 205.000 Soldaten (155.000 Zeit- und Berufssoldaten und jeweils 25.000 Freiwillige und Grundwehrdienstleistende) die Zielvorgabe nicht erreichen, das Fähigkeitsprofil der Streitkräfte insgesamt zu optimieren. „Es müssten erhebliche Einschnitte in das Fähigkeitspektrum der Streitkräfte vorgenommen werden.“ Die Zahl der für Einsätze dauerhaft und durchhaltefähig verfügbaren Soldaten würde „deutlich“ unter das heutige Niveau zurückfallen. Da der große Personalkörper „erhebliche finanzielle Mittel bindet“, kann nicht „in attraktivitätssteigernde Maßnahmen und in eine bessere Ausrüstung investiert werden.“<sup>49</sup> Mit Modell 2 von 150.000 Zeit- und Berufssoldaten würde die Finanzlinie „am ehesten“ erreicht. Der Preis dafür wäre, „dass Deutschland von einer Spitzenposition im Bündnis vermutlich in die hinteren Ränge zurückfallen würde“. So würde die Verpflichtung, bis zu 15.000 Soldaten für die NATO Response Force bereitzustellen, „nahezu obsolet“. Die Parallelität von Einsätzen würde „sehr stark eingeschränkt“. Ein

---

<sup>46</sup> Bundesregierung, Eckpunkte für die weitere Ausgestaltung des Haushaltsentwurfs 2011 und des Finanzplans bis 2014. Ergebnisse der Kabinettsklausur vom 7. Juni 2010; „Wulff kann dem Land geben, was es dringend braucht: Zuversicht. Interview mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. Juni 2010.

<sup>47</sup> Wieker-Bericht, S. 12, 25, 39, 37.

<sup>48</sup> Wieker-Bericht, S. 47.

<sup>49</sup> Wieker-Bericht, S. 33.

„deutlich geringerer Bündnisbeitrag“ würde zu „Unverständnis bei unseren Partnern führen“.<sup>50</sup> Modell 3 mit 156.000 Zeit- und Berufssoldaten erfüllt die Anforderungen an die von der Bundeswehr zu erbringenden Fähigkeiten und Einsatzleistungen „beschränkt“. Deutschland müsste seine Beteiligung an Bündnisstrukturen und Hauptquartieren „überproportional reduzieren“. Es könnte „kein abgerundetes Gesamtsystem Streitkräfte“ erreicht werden. Die Infanterieschwäche des Heeres „wäre noch nicht behoben.“ Die Erfüllung der laufenden Einsatzverpflichtungen stelle „eine Herausforderung“ dar. Für eine hinreichende Nachwuchsgewinnung und einen „geordneten Personalabbau“ über sechs Jahre seien „zusätzliche Anreize und Haushaltsmittel bindende gesetzliche Maßnahmen erforderlich“.<sup>51</sup>

Entgegen dem vom Generalinspekteur präferierten Modell 4 sprachen sich die Weise-Kommission<sup>52</sup> und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dafür aus, dass der Personalumfang nicht unter 180.000 Soldaten gehen dürfe. Verteidigungsminister zu Guttenberg schloss sich der Forderung an. Er machte einen Korridor von 180.000 bis 185.000 Soldaten von einer „hinreichenden Finanzierung“ abhängig.<sup>53</sup> Deren Forderung sah der Verteidigungsminister als Rückendeckung, die Sparvorgaben der Bundesregierung an die sich aus einem Personalumfang von mindestens 180.000 Soldaten ergebenden Finanzierungserfordernisse anzupassen. Mit der politisch gewünschten Armee von bis zu 185.000 Soldaten sei das Sparziel von 8,4 Mrd. € bis 2014 im Verteidigungshaushalt nicht zu erreichen. Mit seiner Forderung, die Haushaltsberatungen müssten für das Jahr 2012 „auf der Grundlage der Realitäten“<sup>54</sup> geführt werden, löste er eine heftige Auseinandersetzung mit dem Finanzminister und den Koalitionsfraktionen aus. Haushaltspolitiker von CDU, FDP und SPD hielten dem Verteidigungsminister vor, er missbrauche die Bundeswehrreform, um das geplante Sparpaket der Bundesregierung auszuhebeln. „Der Finanzplan ist das Maß aller Dinge, insbesondere auch mit Blick auf die neu in der Verfassung verankerte Schuldenbremse“, erklärte Otto Fricke (FDP). „Da kann ein Minister nicht einfach nach Lust und Laune ausscheren.“<sup>55</sup> Am Ende erhielt von Guttenberg vom Finanzminister einen Aufschub um ein Jahr. Bis 2014 muss er nur noch 2,5 Mrd. € einsparen. Im Jahr 2015 muss die volle Einsparvorgabe von 8,3 Mrd. € erreicht werden.<sup>56</sup> Der Beschluss der Bundesregierung, so Finanzminister Schäuble, ist „eindeutig: Die

---

<sup>50</sup> Wieker-Bericht, S. 35, 36.

<sup>51</sup> Wieker-Bericht, S. 37.

<sup>52</sup> Weise-Bericht, S. 26.

<sup>53</sup> Guttenberg-Rede auf der Kommandeurtagung.

<sup>54</sup> Guttenberg – „Taliban machen keinen Winterschlaf“, Welt am Sonntag, 16. Januar 2011.

<sup>55</sup> Claus Hulverscheidt, „Dinge bestellt, einfach nur weil Geld da ist“, Süddeutsche Zeitung, 22. Dezember 2010; Kevin P. Hoffmann und Michael Schmidt, Aus der Deckung, Der Tagesspiegel, 23. Dezember 2010.

<sup>56</sup> Wehretat: Guttenberg muss nur ein bisschen sparen, Süddeutsche Zeitung, 24. Februar 2011; Guttenberg erhält mehr Zeit für Einsparungen, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. Februar 2011.

Bundeswehr wird in eine Freiwilligenarmee mit bis zu 185.000 Soldaten umgewandelt, ohne dass der Finanzrahmen ausgeweitet wird.<sup>57</sup>

Angesichts der Sparnotwendigkeit im Bundeshaushalt in den nächsten Jahren wird die Bundeswehrreform drastischer ausfallen als bisher angenommen. Ein vertrauliches Papier des Führungsstabs der Streitkräfte kommt zu dem Ergebnis, dass nach derzeitiger Beschlusslage der Bundesregierung der Verteidigungshaushalt nur noch für 158.000 Soldaten, und nicht, wie bislang zugrunde gelegt, für 185.000 Soldaten reicht. Die ins Auge gefassten Einschnitte werden die Fähigkeiten Deutschlands, mit militärischen Mitteln zur nationalen und internationalen Sicherheitsvorsorge beizutragen, „erheblich einschränken“. Der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, Ulrich Kirsch, kommentierte das „Geheimpapier“ mit den Worten: „Wer diese Pläne ernsthaft verfolgt, der kastriert und marginalisiert die deutschen Streitkräfte zu einer kostengünstigen Mini-Truppe.“<sup>58</sup>

Die Einhaltung der Finanzvorgabelinie stellt die Bundeswehr vor ein unauflösliches Dilemma. Hält der Verteidigungshaushalt die vorgegebenen Einsparvorgaben bis 2015 ein, schränkt eine gravierende Reduzierung des Personalumfangs auf unter 160.000 Soldaten unweigerlich die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr vor allem für größere und länger dauernde Einsätze ein. Der Finanzplan zwingt bereits im kommenden Jahr zu Einschnitten, die die Personalstrukturen stören und die Beteiligung an laufenden Einsätzen beeinträchtigen werden. So warnte der Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Werner Freers, in einem Brief an den Generalinspekteur: „Im Übergang zur neuen Struktur werden wir große Lücken im Personalkörper hinnehmen müssen, die uns langjährig begleiten und nicht auszugleichen sein werden.“ Er wies darauf hin, dass die Einsatzumfang der Bundeswehr in Afghanistan in naher Zukunft nicht mehr aufrecht zu erhalten sei. „Die Bereitstellung der Einsatzkontingente wird bereits 2012 nicht mehr im heutigen Umfang möglich sein.“<sup>59</sup>

Neben der Vorgabe, dass der Personalumfang der Bundeswehr drastisch reduziert werden muss, um die Einsparvorgabe der Bundesregierung bis 2015 zu erreichen, steht der neue Verteidigungsminister vor einer nicht minder großen zweiten Herausforderung, die einsatzorientierten Veränderungen in der militärischen Personalstruktur ebenfalls nach Kassenlage vollziehen zu müssen. Nach den Zielvorgaben von Verteidigungsminister zu Guttenberg soll die Bundeswehr durch die Strukturreform der Bundeswehr „kleiner“, „flexibler“, „mobiler“ und „effizienter“ werden.<sup>60</sup> Die Absenkung des Verteidigungshaushaltes

<sup>57</sup> „Der Steuerkompromiss ist nur begrenzt klug“. Interview mit Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, Die Zeit, 23. Januar 2011.

<sup>58</sup> Paul Ronzheimer, Bundeswehr wird kaputtgespart, Bild Zeitung Online, 20. April 2011 [<http://www.bild.de/politik/inland/bundeswehrreform/einsatzfaehigkeit-kaputtgespart-158000-statt-185000-soldaten-17527866.bild.html>]; Rüdiger Scheidges, Neue Bundeswehr wird zur Schrumpfarmee, Handelsblatt, 31. März 2011; „Systematisch überschätzt“, Der Spiegel, 4. April 2011, S. 14.

<sup>59</sup> „Große Lücken“, Der Spiegel, 21. Februar 2011, S. 15.

<sup>60</sup> Guttenberg-Grundsatzrede.

von € 31,5 Mrd. 2011 auf € 27,6 Mrd. bis 2014 und die damit einhergehende Veränderungen im Personalumfang und -struktur werfen die grundsätzliche Frage auf: „Wie kann die Zahl der Berufs- und Zeitsoldaten in wenigen Jahren und im vorgegebenen Finanzrahmen deutlich vermindert werden, ohne die operative Einsatzfähigkeit für laufende [und zukünftige] Einsätze zu beeinträchtigen?“<sup>61</sup>

Das zentrale Kriterium militärischer Effizienz ist der Anteil der Soldaten, die über einen kürzeren oder längeren Zeitraum für einen Einsatz zur Verfügung stehen. Gegenwärtig liegt die obere Grenze der Durchhaltefähigkeit bei rund 7.000 Soldaten für lang andauernde Einsätze und bei etwa 10.000 Soldaten für kurze Einsatzdauer.<sup>62</sup> Zielvorgabe für die Streitkräfte der Zukunft ist eine Erhöhung ihrer Einsatzfähigkeit von 7.000 auf 10.000 Soldaten in mehreren Einsatzgebieten. Um die Streitkräfte in ihrer Personalstruktur wirksamer auf die Einsatzerfordernisse auszurichten, müssen der Anteil der Offiziere zugunsten der Mannschaften und der Anteil der Berufssoldaten zugunsten der Zeitsoldaten verringert werden.<sup>63</sup> Ob die Zielvorgabe eines „geordneten“ Personalaufbaus verknüpft mit der Errichtung eines „hoch flexiblen, atmenden Personalkörpers“ mit „einer ausgewogenen Alters- und Dienstgradstruktur“<sup>64</sup> erreicht werden kann, bleibt aufgrund von „strukturellen Unterdeckungen“<sup>65</sup> in der Alters- und militärischen Personalstruktur fraglich.

- Verwerfungen in den Altersstrukturen: Es besteht ein Missverhältnis zwischen den einsatzbedingten Anforderungen an die Personalstruktur und den tatsächlichen Personalstruktur. Die strukturellen Unterdeckungen in den einsatzrelevanten Jahrgängen (1971 und jünger) können durch die Überhänge in den älteren Jahrgängen (1971 und älter) nur über einen längeren Zeitraum „sozialverträglich“ ausgeglichen werden.
- Verwerfungen in der militärischen Personalstruktur: Die Personalstruktur der Bundeswehr ist gekennzeichnet durch ein Übergewicht an Offizieren in den höheren Entgeltstufen zulasten von Unteroffizieren und Mannschaftsdienstgraden in den niedrigeren Besoldungsgruppen. Die ungünstige militärische Personalstruktur kann wie die Verwerfungen in der Altersstruktur nur über einen längeren Zeitraum sozialverträglich abgebaut werden.

Unklar bleibt, wie ein an den operativen Erfordernissen einer Armee im Einsatz ausgerichteter militärischer Personalkörper innerhalb

---

<sup>61</sup> Wenke Apt, Reform der Bundeswehr. Chancen und Risiken des Personalabbaus, SWP Aktuell 80, Berlin November 2010, S. 1.

<sup>62</sup> Wieker-Bericht, S. 14; Weise-Bericht, S. 10, 26, 30.

<sup>63</sup> Wieker-Bericht, S. 32, 59; Weise-Bericht, S. 42, 97.

<sup>64</sup> Wieker-Bericht, S. 37, 59; Weise-Bericht, S. 42; Gutenberg-Rede vor der Kommandeurtagung.

<sup>65</sup> Wenke Apt, Reform der Bundeswehr, S. 2f.

der nächsten „sechs Jahre“ auf einer „verlässlichen finanziellen Basis“<sup>66</sup> geschaffen werden kann, wenn die Einsparvorgaben der Bundesregierung bereits bis 2015 durch eine drastische Reduzierung des Personalumfangs erreicht werden müssen. Eine Neu-Ordnung nach Kassenlage eröffnet keine gestalterischen Handlungsspielräume für eine moderne und zukunftsfähige Bundeswehr. Sie stellt den neuen Verteidigungsminister vor die gleichen Probleme, denen sich sein Vorgänger mit der Transformation der Bundeswehr gegenübergesehen hat.

---

<sup>66</sup> Wieker-Bericht, S. 50

# Die Quadratur des Kreises

---

Die Neu-Ordnung der Bundeswehr legt den grundsätzlichen Zielkonflikt zwischen Einsparvorgaben der Bundesregierung und dem von sicherheitspolitischen Erfordernissen geleiteten Parameter offen, an dem der Generalinspekteur die Neu-Ordnung der Bundeswehr ausrichtet. Im Gegensatz zu dem von Verteidigungsminister zu Guttenberg eingeforderten „Paradigmenwechsel“ leitet sich für ihn das Fähigkeitsspektrum der Bundeswehr als Armee im Einsatz „vorrangig aus den sicherheitspolitischen Notwendigkeiten, dem grundgesetzlich verankerten Verteidigungsauftrag und nicht aus den Haushaltsanforderungen ab.“<sup>67</sup> Für die Neu-Ordnung der Bundeswehr heißt das:

- Ein sachgerechter, den realen Einsatzerfordernissen der Bundeswehr Rechnung tragender Personalabbau kann nur zeitlich gestaffelt erfolgen.<sup>68</sup>
- Struktur und Ausrüstung einer zukunftsfähigen Bundeswehr erfordern einen „verlässlichen finanziellen Rahmen“.<sup>69</sup>
- Mit einem „gestreckten zeitlichen Ansatz“ über sechs Jahre können Spareffekte im Personalbereich erst mittelfristig erreicht werden.<sup>70</sup>
- Ebenso ist ein „finanzieller Erfolg“ im Rüstungsbereich „allenfalls mittel- und langfristig zu erwarten“.<sup>71</sup>

Die Neuordnung der Bundeswehr steht vor dem alten Problem, dass das Spannungsverhältnis zwischen verteidigungspolitischen Erfordernissen und finanziellem Bedarf für andere staatliche Aufgaben nicht nur „fortbesteht“, wie das Weißbuch 2006<sup>72</sup> bereits eingeräumt hatte, sondern sich aufgrund der Einsparvorgaben der Bundesregierung in den nächsten Jahren weiter verschärfen wird. Generalinspekteur Wieker kommt in Bezug auf den Verteidigungshaushalt 2010 zu einem für die Neu-Ordnung der Bundeswehr mehr als ernüchternden Ergebnis: „Ein aufgrund der Einsatzerfahrungen notwendiger Umbau der Streitkräfte mit einer besseren Ausrichtung auf die Einsatzerfordernisse

---

<sup>67</sup> Wieker-Bericht, S. 16

<sup>68</sup> Wieker-Bericht, S. 37, 50

<sup>69</sup> Wieker-Bericht, S. 50.

<sup>70</sup> Wieker-Bericht, S. 37.

<sup>71</sup> Wieker-Bericht, S. 45.

<sup>72</sup> Bundesministerium der Verteidigung, Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, Berlin 2006, S. 84.



verzögert sich. Der angestrebte und notwendige Aufwuchs von Fähigkeiten verläuft schleppend.<sup>73</sup>

Der neue Verteidigungsminister sieht sich wie sein Vorgänger einem unauflösbaren Dilemma gegenüber, zeitgleich den Personalumfang der Bundeswehr drastisch zu reduzieren, die Streitkräfte in einen hoch flexiblen „atmenden Personalkörper“ umzuwandeln, die Ausrüstung noch stärker und wirksamer auf die operativen Erfordernisse einer Armee im Einsatz auszurichten und die Einsparvorgaben der Bundesregierung bis 2015 zu erfüllen.

- Personalumfang: „Nicht mehr die hohen Zahlen von Soldaten, sondern professionelle Streitkräfte, die unter schwierigen und anspruchsvollen Bedingungen rasch und erfolgreich... zum Einsatz gebracht werden können“,<sup>74</sup> gibt Verteidigungsminister de Maizière als neue Zielvorgabe für den Personalumfang der Bundeswehr aus. Die neue Zielvorgabe schließt die Möglichkeit einer Reduzierung des Personalumfangs unter die kritische Schwelle von weniger als 160.000 Soldaten nicht mehr aus. Wenn der Personalumfang nach Kassenlage reduziert wird, kann nicht gleichzeitig die Einsatz- und Durchhaltefähigkeit der Bundeswehr signifikant erhöht werden, wie Generalinspekteur Wieker in der Bewertung der Modelle 2 und 3 klar gestellt hat.
- Militärischer Personalkörper: Die Neuordnung bricht mit dem überkommenen Reformansatz der Vergangenheit, die Bundeswehr innerhalb bestehender Strukturen eines „geschlossenen Personalkörpers“ zu erneuern. Der umfangreiche Personalabbau soll nicht „linear“ sondern „sachgerecht“ entsprechend den Einsatzerfordernissen gesteuert werden, um erstens einen durchhaltefähigen Umfang von mindestens 10.000 Soldaten für Auslandseinsätze dauerhaft zu sichern, und zweitens, gleichzeitig die Verwerfungen in der Alters- und der militärischen Personalstruktur zu beseitigen.<sup>75</sup> Eine Abkehr von einem linearen Personalabbau hin zu einer qualitativen Stärkung eines „atmenden Personalkörpers“ kann jedoch nicht gleichzeitig die Einsparvorgaben der Bundesregierung erfüllen. Wenn aber die Einsparvorgabe der Bundesregierung von mehr als acht Mrd.€ bis 2015 als die entscheidende Richtgröße für die Neuordnung der Bundeswehr ist, kann die Neu-Ordnung der Bundeswehr, ein in ihrer Gesamtheit ausgewogenes Fähigkeitsprofil zu sichern, nicht erreichen, weil für eine sozialverträgliche

---

<sup>73</sup> Wieker-Bericht, S. 20.

<sup>74</sup> Bundesregierung, Rede von Verteidigungsminister Dr. Thomas de Maizière vor dem Deutschen Bundestag am 24. März 2011 [<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2011/03/32-3-bmvg-bt.layoutVariant=Druckansicht.html>].

<sup>75</sup> Wieker-Bericht, S. 31; Weise-Bericht, S. 42.



Personalabbau und Attraktivitätsmaßnahmen zur Gewinnung qualifizierter Kräfte und Spezialisten ein angemessene Finanzausstattung fehlt.

- Militärische Fähigkeiten: Die operativen Erfordernisse einer Armee im Einsatz machen eine Schwerpunktverlagerung zu einer „zeit- und bedarfsgerechte Bereitstellung von Material- und Unterstützungsleistungen“<sup>76</sup> „sicherheitspolitisch unabdingbar“.<sup>77</sup> Unklar bleibt, wie ein in seiner Gesamtheit ausgewogenes Fähigkeitsprofil mit den Einsparvorgaben der Bundesregierung zu vereinbaren ist.

Das Dilemma, vor dem der neue Verteidigungsminister steht, hatte die Weizsäcker-Kommission in ihrem Abschlussbericht im Mai 2000 in zwei Worten zusammengefasst: „Sparen kostet.“<sup>78</sup> Die Weizsäcker-Kommission kommt in Ihrem Abschlussbericht zu dem gleichen Ergebnis: „Die Realisierung dieser Vorschläge wird kurzfristig Geld kosten, mittel- und langfristig jedoch Geld sparen.“<sup>79</sup> Das Problem damals wie heute ist, dass der Neu-Ordnung der Bundeswehr nicht nur eine verlässliche finanzielle Basis vorenthalten sondern ihr gleichzeitig nicht die Zeit gegeben wird, zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes zeitlich gestaffelt beizutragen. Die fortgesetzte strukturelle Unterfinanzierung des Verteidigungshaushaltes über das Jahr 2015 hinaus macht wie in der Vergangenheit eine Reform der Reform unausweichlich, wie ein Papier aus dem Führungsstab der Streitkräfte unterstreicht. „Das einzige Plus“ einer Reduzierung des Personalumfangs unter 160.000 Soldaten besteht darin, „dass es die Finanzlinie am ehesten erreicht“. Erreicht wird hingegen nicht eine signifikante Stärkung der Einsatz- und Durchhaltefähigkeit der Bundeswehr und der sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit Deutschlands im multinationalen Handlungsverbund von EU und NATO, wie Generalinspekteur Wieker bei der Bewertung seiner vier Modelle richtungweisend festgestellt hat.<sup>80</sup> Es können nicht gleichzeitig ein fähigkeitsorientierter Ansatz verfolgt und die kurzfristigen Einsparvorgaben der Bundesregierung erfüllt werden. Dies kommt der Quadratur des Kreises gleich. Verteidigungsminister de Maizière steht wie seine Vorgänger vor der unangenehmen Aufgabe, statt der Einsparvorgabe von mehr als acht Mrd. € bis 2015 eine Anschubfinanzierung für die Neu-Ordnung der Bundeswehr von mehr als eine Mrd. € „in den haushaltsnahen Jahren“ zu bekommen, wie das Papier aus dem Führungsstab der Streitkräfte fordert.<sup>81</sup> Seine Vorgänger hatten sich mit dieser Forderung nicht durchsetzen können und mussten am Ende weitere Kürzungen im Verteidigungshaushalt hinnehmen, die zu den enttäuschenden

<sup>76</sup> Guttenberg-Rede auf der Kommandeurtagung.

<sup>77</sup> Wieker-Bericht, S. 12.

<sup>78</sup> Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr. Bericht der Kommission an die Bundesregierung, Berlin, 23. Mai 2000, S. 11.

<sup>79</sup> Weizsäcker-Bericht, S. 3, 50.

<sup>80</sup> Wieker-Bericht, S. 35ff.

<sup>81</sup> Stephan Löwenstein, Die Zeit der Einarbeitung neigt sich dem Ende zu, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. April 2011.

Ergebnissen der bisherigen Umbaubemühungen der Bundeswehr entscheidend beigetragen haben. „You cannot have your cake and eat it“. Das angelsächsische Sprichwort bringt das grundsätzliche Problem auf den Punkt, dem sich Verteidigungsminister de Maizière bei der Neuordnung der Bundeswehr gegenüber sieht.

# Die Reihe „Notes du Cerfa“

---

Die Reihe „Notes du Cerfa“ erscheint seit 2003 in monatlichem Rhythmus und analysiert die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung des heutigen Deutschlands: Außen- und Innenpolitik, Wirtschaftspolitik und Gesellschaftsthemen. Die „Notes du Cerfa“ bieten kurze wissenschaftliche Analysen mit einer klaren policy-Orientierung. Die Publikation wird in elektronischer Form kostenlos an etwa 2.000 Abonnenten versandt, ebenso wie die „Visions franco-allemandes“, und ist zudem auf der Internetseite des Cerfa verfügbar, von der die Beiträge ebenfalls kostenlos heruntergeladen werden können.

## **Letzte Veröffentlichungen des Cerfas**

Oskar Niedermayer, Die FDP nach der Bundestagswahl 2009: von der dritten Kraft zur marginalen Partei?, Note du Cerfa, Nr. 86, Juni 2011.

Katharina Gnath, Claudia Schmucker, *Deutschland und die G-Clubs*, Note du Cerfa, Nr. 85, Mai 2011.

Christian Wagner, Les relations Inde-Allemagne : entre dynamisme économique et déphasage géopolitique, Note du Cerfa, Nr. 84, Mai 2011.

Roman Herzog Institut, Dominik H. Enste, Vera Erdmann, Tatjana Kleineberg, *Les mythes sur la classe moyenne en Allemagne*, Note du Cerfa, Nr. 83a, April 2011.

# Das Cerfa

---

Das „Comité d'études des relations franco-allemandes“ (Forschungskomitee für deutsch-französische Beziehungen, Cerfa) wurde 1954 durch ein Regierungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich gegründet. Die Amtsvormundschaft des Cerfa kommt seitens Frankreich dem Ifri und seitens Deutschland dem DGAP zu. Das Cerfa wird paritätisch durch das Ministère des Affaires étrangères et européennes und das Auswärtigen Amt finanziert. Des Weiteren besteht der Verwaltungsrat aus einer gleichen Anzahl an deutschen und französischen Persönlichkeiten.

Das Cerfa setzt sich das Ziel, Prinzipien, Bedingungen und Lage der deutsch-französischen Beziehungen auf politischer, wirtschaftlicher und internationaler Ebene zu analysieren; Fragen und konkrete Probleme, die diese Beziehungen auf Regierungsebene stellen, zu definieren; Vorschläge und praktische Anregungen zu finden und vorzustellen, um die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu vertiefen und zu harmonisieren.

Dieses Ziel wird durch regelmäßige Veranstaltungen und Seminare, die hohe Beamte, Experten und Journalisten versammeln sowie durch Studien in Bereichen gemeinsamen Interesses verwirklicht.

Hans Stark leitet das Generalsekretariat des Cerfa seit 1991. Louis-Marie Clouet arbeitet dort als Forscher und ist für die „Notes du Cerfa“ und die „Visions franco-allemandes“ zuständig. Nele Wissmann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und für das Projekt „Deutsch-französischer Zukunftsdialog“ zuständig.